

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	25.01.2016

Delegiertenversammlung Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Am 05./06.10.2015 fand in Ettlingen die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) statt. Als politische Vertreter der Stadt Köln nahmen an der Delegiertenversammlung:

Herr Dr. Heinen (SPD)

Herr Dr. Strahl (CDU)

Herr Hegenbarth (Piraten)

teil.

Nicht teilnehmen konnte Herr Wolter (Grüne).

Die Delegiertenversammlung befasste sich mit dem Thema „Kommunen im digitalen Zeitalter – Herausforderungen, Chancen, Möglichkeiten“. Aus aktuellem Anlass wurde auch die Flüchtlingsproblematik thematisiert. Obgleich das Flüchtlingsthema momentan alle anderen Themen überlagert, sollten auch andere wichtige kommunalrelevante Aspekte der europäischen Agenda behandelt werden. Beide Themen wurden miteinander verzahnt, indem die Chancen herausgearbeitet wurden, die durch digitalen Ausbau kommunaler Strukturen auch für die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren in der Flüchtlingshilfe bestehen.

Appellierend und insbesondere mit dem Hinweis, den Ausbau digitaler Netze zügig voranzutreiben, stellte der EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger, das Thema dar und brachte die Kernthesen seines Vortrages mit Sätzen wie „lieber Schlaglöcher als Funklöcher“ auf den Punkt.

Drei Workshops beleuchteten die unterschiedlichen Facetten der Thematik (Breitbandausbau in den Kommunen, e-Government – Bürgerservice, open Government) und stellten mit Beispielen aus der Praxis den kommunalen Status quo exemplarisch dar. Prof. Jörn von Lucke (Leiter des Open Government Institute an der Zeppelin Universität) appellierte an die kommunalen Entscheidungsträger, die Freigabe von Daten zur Weiterverarbeitung im open data Prozess zu unterstützen.

Neubesetzung der Gremien

Herr Karl-Heinz Schäfer beendete seine Amtszeit als Präsident der Deutschen Sektion des RGRE. Für die Wahlperiode 2015-2018 wurde Herr Georg Huber (Landrat Landkreis Mühldorf a. Inn) zum Präsidenten gewählt, Herr Schäfer wurde zum Ersten Vizepräsidenten gewählt.

In den Hauptausschuss wurden als Vertreter der Fördermitglieder seitens der Stadt Köln Herr Dr. Heinen (Mitglied) und Herr Dr. Strahl (Stellvertreter) gewählt.

Im Rahmen der Delegiertenversammlung sind auch die Mitglieder in den drei Fachausschüssen der Deutschen Sektion des RGRE (Deutsch-Französischer Ausschuss, Deutsch-Polnischer Ausschuss und Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) neu bestimmt worden. Für die Stadt Köln ist Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes im KEZ-Ausschuss und Herr Bürgermeister Wolter im Deutsch-Französischen Ausschuss vertreten. Im Deutsch-Polnischen Ausschuss ist die Stadt Köln nicht vertreten.

Die Liste vollständige Mitgliederliste der Gremien befindet sich in der Anlage.

Resolutionen:

Im Rahmen der Delegiertenversammlung wurden zwei Resolutionen (s. Anlage) vorgelegt und beschlossen.

Resolution 1: Für ein Europa der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger:

- Betont wird die Stellung der Kommunen im Mehr-Ebenen System;
- Der kommunalen Dimension in der urbanen Agenda der EU sollte mehr Beachtung geschenkt werden;
- Auf den unauflösbaren Widerspruch zwischen Stärkung der kommunalen Ebene auf der einen Seite und der Behandlung der Kommunen im Rahmen des Europäischen Transparenzregisters auf der anderen Seite wird hingewiesen und gefordert, das bestehende Verfahren der Registrierung der Kommunen abzuschaffen, um damit deren Gleichrangigkeit mit anderen Gebietskörperschaften zum Ausdruck zu bringen.

-

Resolution 2: Für eine gesamteuropäische Flüchtlingspolitik:

- Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingsproblematik, mit der insbesondere die kommunale Ebene befasst ist, fordert der RGRE die Schaffung eines gesamteuropäischen Asyl- und Flüchtlingssystems auf neuer Grundlage, das insbesondere die EU-Grenzstaaten beim Schutz des Schengen Raums unterstützt (z.B. durch die Einrichtung von Hot-Spots, Durchführung des Asylverfahrens insbesondere bei Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten in den Hot-Spots, Verteilung von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive nach festen Quoten auf die Mitgliedstaaten, gleichartige Standards bei Geld- und Sachleistungen, Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsländern, Kostenerstattung an die Städte, Landkreise und Gemeinden);
- Gefordert wird ein ganzheitlicher, gemeinsamer Ansatz in der Asyl- und Entwicklungshilfepolitik der EU.